
Kommentierte Buchanzeigen / Book Review

Andreas Wirsching: Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit. München: C.H. Beck 2012, 487 S.

Wer eine gelungene Geschichte des neuen Europa seit dem Ende der Sowjetunion sucht, sollte zu diesem Werk greifen. W. zieht differenziert und abwägend klare Linien; die Analyse erfolgt zu Recht nicht aus westeuropäischer Perspektive, sondern aus gesamteuropäischer Sicht. Der Umbruch 1989/90 bildet den Ausgangspunkt, an den sich ein Kapitel über das östliche Europa in den 1990er Jahren anschließt. Erst auf dieser Grundlage wird das „gemeinsame Europa als politisches Projekt“ erörtert. Die weiteren Kapitel fragen nach den Wirkungen der Globalisierung und nach dem Entstehen einer europäischen Identität. Lesenswert ist auch, was W. über den „Außenblick“ auf Europa schreibt. Wie nimmt sich das neue Europa aus islamischer, transatlantischer und asiatischer Sicht aus? Zeichnet sich eine gesamteuropäische Vorstellung von europäischer Geschichte ab? Denn, so der Historiker, ohne einen gemeinsamen „Vorstellungsraum Geschichte“ ist eine gemeinsame europäische Identität nicht denkbar. – Um nicht „die Teleologie der Nationalgeschichten durch die Teleologie eines europäischen Fortschrittsnarrativs“ zu ersetzen, wendet sich W. gegen jede „Meistererzählung“. Eine freilich kennt auch er: Pfadabhängigkeit. Ein Begriff, den Historiker meist meiden, da er Geschichte in Prognose überführt. Der Autor ist überzeugt, dass er in der Dynamik von Konvergenz und Krise einen Entwicklungspfad identifiziert hat, der ohne enorme Folgekosten und ohne Legitimitätsbruch nicht mehr verlassen werden kann. Gewiss, doch ist die Geschichte voller katastrophaler Pfadbrüche. Wie das neue Europa sich dagegen zu wappnen sucht, indem es die Folgen, die mit der Steigerung von Freiheit verbunden sind, als Herausforderung annimmt, stellt W. eindrucksvoll vor Augen. – Freiheit begreift er schließlich als „das Schlüsselwort für die europäische Geschichte in unserer Zeit“. An den Entwicklungen im staatlichen und im zivilgesellschaftlichen Bereich dokumentiert er dies ebenso wie für die wirtschaftliche Entwicklung und die der Finanzmärkte. Europa wachse in diesen Prozessen zusammen, die zugleich immer wieder aufs Neue Krisen erzeugen. Diese Krisen werden so zum

Anmerkung der Schriftleitung: Nach zahlreichen Hinweisen aus der Leserschaft werden künftig auch von den Herausgebern der ZSE vorgelegte Publikationen im Rahmen dieser Zeitschrift angezeigt/rezensiert. Ein erstes Beispiel findet sich in diesem Heft.

Entwicklungsmotor im vielgestaltigen Prozess der Europäisierung. Das ist die zentrale Botschaft dieses Werks.

DL

Robert Menasse: Der Europäische Landbote. Die Wut der Bürger und der Friede Europas oder warum die geschenkte Demokratie einer erkämpften weichen muss. Wien: Paul Zsolnay Verlag 2012, 111 S.

In Ergänzung zu den Besprechungen der jüngsten europabezogenen Publikationen von *Habermas* und *Enzensberger* (vgl. ZSE 2/2012) sei auf die knappe Streitschrift dieses eminenten Wiener Romanciers und Essayisten verwiesen. M. sucht darin der breiten europakritischen Diskussion in unterschiedlichen Kontexten dadurch zu begegnen, dass er nach Brüssel reist und gleichsam im Selbstversuch ein Bild von den EU-Einrichtungen zu gewinnen sucht. Dabei kommt er zu dem ihn offenbar überraschenden Ergebnis, dass „kaum eines der verbreiteten Klischees vom verknöcherten Eurokraten zutrifft. Ganz im Gegenteil, es sind die nationalen Regierungen, die die Idee eines gemeinsamen Europa kurzfristigen ökonomischen und populistischen Winkelzügen unterordnen“. Als handelnde Akteure sieht er hier vor allem die deutsche Kanzlerin und den (ehemaligen) französischen Staatspräsidenten, wobei mit Blick auf Deutschland eine „rückichtslose Wirtschaftspolitik auf Kosten Europas“ diagnostiziert wird. Die „Verteidigung sogenannter nationaler Interessen in immer größerem Widerspruch zu den Interessen der Bürger“ sieht er als das entscheidende Problem. Es ist dieser Widerspruch, den er heute als Krise erlebt. Im Ergebnis fordert M., dem Geist *Georg Büchners* verpflichtet, nichts weniger als die „Erfindung einer neuen, einer nachhaltigen Demokratie“. – Wie bereits im Falle von H. und E.: Es ist gewiss hilfreich, wenn sich Literaten und Philosophen der erkennbaren europäischen Entwicklung zuwenden, nur sollten sich solche durchaus als Beiträge zu einer „europäischen Öffentlichkeit“ zu würdigende Publikationen doch deutlich stärker, mithin empiriebezogener der Realität der europäischen Willensbildung und Entscheidung zuwenden. Mit einigen wenigen Gesprächen in Brüssel ist es da nicht getan, ergänzt um die meist sehr breiten Gegenkritiken (oder besser Polemiken), die so nicht zu halten sind. Entscheidend ist, dass zentrale Fragen unbeantwortet bleiben: Wer vertritt die „Völker Europas“ in angemessener Form und im Rahmen demokratiefördernder Verfahren? Wie vermeidet man den Aufbau von „Paralleluniversen“, die die europapolitische Willensbildung und Ent-

scheidung inzwischen nachhaltig zu beschädigen drohen? Und: Bedarf es wirklich eines so weitgehenden Überbaus nationalstaatlicher politischer Systeme und örtlich wie regional verbundener Gesellschaften, um dem gemeinsamen Wunsch nach europäischer Orientierung gerecht zu werden?

JJH

Jörg Baberowski: Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt. München: C.H. Beck 2012, 606 S.

B., ausgewiesener Osteuropa-Analyst und Autor zahlreicher Bücher und Aufsätze zur russischen und sowjetischen Geschichte, wendet sich mit diesem Band einem in anderen Publikationen zur Aufarbeitung der Sowjetunion zwar zunehmend einbezogenen, aber nur selten in den Mittelpunkt gestellten Aspekt zu: *Stalins* Gewaltherrschaft. Ausgangspunkt sind die „imperialen Gewalträume“ und innerhalb dieser die von den Bolschewiki erhoffte neue Gesellschaft und der neue Mensch. Doch reicht es aus, auf das bolschewistische Projekt der Modernisierung zu verweisen, um die Gewaltexzesse zu erklären? War *Stalins* Terrorherrschaft eine notwendige Folge der kommunistischen Ideologie? – Das bolschewistische Projekt, so die These des Autors, bot durchaus eine Rechtfertigung für den Massenmord, schrieb diesen aber nicht vor. Es war *Stalin*, „ein Psychopath und passionierter Gewalttäter“, der den Traum vom neuen Menschen im Blut der Millionen erstickte. Er war Urheber und Regisseur des Terrors, der erst mit seinem Tod ein Ende fand. Er errichtete eine Ordnung des Misstrauens und der Furcht, in der Jedermann jederzeit zum Opfer werden konnte. Wer in dieser Weise den inneren Kitt einer Gesellschaft zerstört, der hinterlässt auch in den Seelen der Menschen „verbrannte Erde“. B. analysiert die Ausformungen und Mechanismen dieser Gewaltherrschaft im Detail und belegt dies mit zahlreichen so erschreckenden wie berührenden Beispielen – eine in vielfacher Hinsicht beeindruckende Publikation. Wer in dem Buch nur eine aktualisierte Fassung der im Jahr 2003 erschienenen Schrift „Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus“ sieht, geht fehl. B. begründet überzeugend, dass und warum er frühere Interpretationen des Geschehens revidiert.

JJH

Paul Nolte: Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart. München: C.H. Beck 2012, 512 S.

Die wachsende demokratietheoretische und demokratiepolitische Diskussion nimmt N. zum Anlass, in einer Art von Selbstvergewisserung wesentliche Elemente dieses Prozesses einer gleichzeitig historischen wie gegenwartsbezogenen Erörterung zu unterziehen. Die Fragestellungen lauten: Was meinen wir eigentlich, wenn wir von Demokratie sprechen? Warum gibt es ein Parlament? Wie sind die Parteien entstanden? Brauchen wir mehr direkte Beteiligung des Volkes? Kommt die Demokratie in einer sich globalisierenden und multikulturellen Welt an die Grenzen ihrer Möglichkeiten? N. sucht diese recht breiten Fragestellungen zunächst dadurch zu grundieren, dass er in großen historischen Bögen Entwicklungslinien von der Antike bis in das 21. Jahrhundert hinein zieht und diese dann mit aktuellen Herausforderungen konfrontiert. Dieses Bemühen verdient zweifellos Anerkennung, erweist sich nach den umfassenden Grundlegungen in den Eingangskapiteln allerdings eher durch additive Erkenntnis denn analytische Konkretion geprägt. So ist N. natürlich zuzustimmen, dass nach dem Blick auf die Frühformen demokratischen Denkens und demokratischer Ordnungen Revolutionen, Expansionen, Krisen und daraus folgende Lernprozesse eine Rolle spielen, doch fügt sich dies nicht zu einem überzeugenden Ganzen. Auch ist die in Erkenntnis solcher Zugänge gewonnene Chiffre „von der klassischen zur multiplen Demokratie“ zu plakativ, um den diversen territorialen, sektoralen und kulturellen Ausprägungen der demokratischen Entwicklung tatsächlich zu entsprechen. Insofern bleiben die abschließend diagnostizierten „Spannungslinien“ in breiten Dichotomien (miteinander und gegeneinander, Ungleichheit und Gerechtigkeit, demokratische Gewalt und demokratischer Frieden, der Staat als Helfer und Hindernis, westlicher Sonderweg oder Weltdemokratie, etc.) entschieden zu offen und unverbunden, um die im Titel dieses Buches formulierte Fragestellung tatsächlich auch zu beantworten. Vermutlich wäre N. gut beraten, diesem Band einen zweiten nachfolgen zu lassen, der die vielfältigen Anregungen dieser ersten Kompilation im Themenfeld zu konkretisieren sucht; dies sollte dann auch eine beträchtliche analytische Ausdifferenzierung einschließen, die weniger die Vollständigkeit aller auf demokratische Prozesse möglicherweise einwirkenden Variablen als vielmehr deren handlungsleitende Auswahl, mithin einen Erklärungsversuch zum Gegenstand hat.

JJH

Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München: Deutsche Verlags-Anstalt 2012, 1052 S.

Nach zahlreichen zwischenzeitlich vorgelegten Untersuchungen zu Einzelaspekten der Kanzlerschaft *Helmut Kohls* stellt Sch. mit diesem Band die erste wirklich umfassende Biographie vor. „Umfassend“ richtet sich dabei nicht nur auf das Volumen dieses Bandes, sondern auch auf den analytischen Anspruch und die einbezogene Empirie, wobei die gewählte Periodisierung (1930-1969, 1969-1982, 1982-1989, 1989-1990, 1991-1998) sich zwar anbietet, aber auch insofern geglückt erscheint, als Sch. jede dieser Phasen mit einer Zwischenbetrachtung beschließt und den Band damit wesentlich lesbarer gestaltet als zahlreiche weitere Biographien im Themenbereich. Die vorbildlich eingehaltene Distanz zu der zu würdigenden Person dokumentiert eine durchgehend ambivalente Grundhaltung: So wird bereits im Prolog *Kohl* als „Riese“ gekennzeichnet, als der er als Protagonist der deutschen Wiedervereinigung und des Ausbaus der Europäischen Union von vielen ja durchaus auch gesehen wird. Gleichwohl mischen sich bereits hier Distanzierungen in die Analyse, einsetzend mit dem ersten Satz des Bandes: „Er war schon immer groß in der historischen Inszenierung.“ Dies reicht bis hin zu der abschließenden Betrachtung „am Ende des Tages“, in der zur Würdigung des Lebenswerks auch der zusammenfassende Ausweis von Fehleinschätzungen und Irrtümern tritt. Dies gilt vor allem für die europäische Entwicklung: „So erwies Kohl sich auf vielen anderen Feldern seiner Außen- und Europapolitik als Realist voller Feingefühl und Umsicht, auch mit gut entwickeltem Gefahreninstinkt, aber er sah nicht, oder wollte nicht sehen, dass ein Projekt Europa von zwei Parallelwelten bedroht wurde, die sich der politischen Kontrolle entziehen.“ (S. 936). Die erste dieser Parallelwelten war und ist das Euro-System selbst, von dessen eingebauten Sprengfallen sich die „ökonomischen Laien“ im Rahmen der europäischen Gipfel keine rechte Vorstellung machen wollten, während die zweite Parallelwelt als „die mit unwiderstehlichem Zerstörungspotential ausgestatteten globalen Finanzmärkte“ bezeichnet werden. Dies führt Sch. zu dem skeptischen Fazit: „Noch ist die Zukunft der Europäischen Union offen, wenngleich sehr labil. Zumindest in Teilen wird die historische Reputation des ‚Ehrenbürgers Europas‘ Helmut Kohl auch von der Fortentwicklung der Euro-Krise abhängen. Aus gegenwärtiger Sicht erscheint er in dieser Hinsicht als tragische Gestalt, die Gutes gewollt und auch viel Gutes bewirkt hat, wenngleich leider im Übermaß und zu vertrauensvoll. Tragische Größe, wird dies einmal das Urteil sein, das künftige Historiker über den Vorkämpfer des Euro fällen?“ – Eine nicht nur aufgrund der umfangreichen, in Teilen unverfö-

fentlichten Quellen herausragende Publikation, die bei aller Sympathie für den zu Würdigenden zu jener Distanz findet, die große Biographien auszeichnet.

JJH

Michael Stolleis: Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland. Vierter Band: Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in West und Ost. 1945-1990. München: C.H. Beck 2012, 720 S.

Der vierte Band der „Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland“ beschließt jenes *opus magnum*, dessen vorangehende Teile bereits im Rahmen der ZSE gewürdigt wurden. Die nun vorgelegte Publikation richtet sich auf den Zeitraum von 1945 bis zur Wiedervereinigung 1990. Sie skizziert den „Neustart“ der Universitäten in Ost und West, beschreibt die Konstituierung des Bundesverfassungsgerichts und den Aufbau des Rechts- und Sozialstaats sowie der parlamentarischen Demokratie und führt über die Umbruchsituation der Jahre 1965 bis 1975 bis hin zu jenen neueren Entwicklungen, die sich mit der wachsenden Europäisierung und Globalisierung verbinden. All dies wird umfassend aufbereitet und grundiert, dürfte mithin seinen Wert für den Nachvollzug des Aufstiegs des öffentlichen Rechts im Nachkriegsdeutschland entfalten. Zudem wird deutlich, dass und welche Prägekraft das öffentliche Recht gewann und welches Selbstbewusstsein sich damit für die handelnden Akteure, auch den Autor, verbindet. Gleichzeitig wird allerdings auch eine Schwäche erkennbar, die sich in den vorangehenden Bänden dieser „Geschichte“ so nicht stellte (oder aufgrund der je spezifischen Fragestellung nicht angezeigt war). Dies richtet sich vor allem auf das Verhältnis des öffentlichen Rechts zu seinem Gegenstand, dem öffentlichen Handeln, und dessen Einrichtungen. Hier findet sich ein Defizit insofern, als auf empirische Erkenntnisse, von punktuellen Einfügungen abgesehen, kaum abgestellt wird, die Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland eine lediglich immanente Kennzeichnung erfährt. Hinzu kommt, dass der Autor nicht mehr nur unbefangener Wissenschaftler ist, sondern im beschriebenen Zeitraum auch handelnder Akteur war. Dies macht einige Einschätzungen zwar nicht angreifbar, hätte aber eine erweiterte Analyse verdient. – Im Fazit steht der Rezensent daher vor der in jeder Hinsicht zu würdigenden Leistung einer singulären vierbändigen Publikation, die anzuerkennen selbstverständlich sein sollte. Auf der anderen Seite steht die Entwicklung des Gegenstandsbereichs des öffentlichen Rechts, die in diesem Band eine nur eingeschränkte Würdigung erfährt.

Auch vermag es S. nicht mehr, jene „Grenzüberschreitungen“ einzubeziehen, die die heutige verwaltungsrechtliche Diskussion prägen. Vielleicht gelingt es im Zuge einer zweiten Auflage des Bandes, dieses Defizit dadurch zu heilen, dass vor allem politik- und verwaltungswissenschaftliche Beiträge zum faktischen Staatshandeln wenigstens Aufmerksamkeit, besser noch Würdigung erfahren, zumal sich hier inzwischen eine empirisch-analytische wie methodische Kompetenz (und Anerkennung) findet, die zu ignorieren die Vertreter des öffentlichen Rechts überdenken sollten. Ähnliches gilt für den nur punktuell angesprochenen Vergleich, der aber gerade in dem betrachteten Zeitraum auf wichtiger werdende kulturelle, durchaus auch rechtskulturelle Unterschiede verweist.

JJH

Hans Joas: Die Sakralität der Person. Eine neue Genealogie der Menschenrechte. Berlin: Suhrkamp 2011, 303 S.

Bei der Frage nach dem Ursprung der Idee der Menschenrechte konnten bislang meist zwei Denkschulen unterschieden werden: Während die eine sie unserem christlich-jüdischen Erbe zuschrieb, galt sie der anderen als eine Erfindung der Aufklärung. Das hier vorgelegte Buch eines Sozialtheoretikers bemüht sich um eine veränderte Sichtweise, die J. als Ergebnis einer Form „historischer Soziologie“ vorträgt. Danach ist der Glaube an die universale Menschenwürde das Ergebnis eines Prozesses der Sakralisierung, in dessen Verlauf jedes einzelne menschliche Wesen mehr und mehr als gleichsam heilig angesehen wurde. Zu diesem Ergebnis kommt der Autor auf der Basis zahlreicher exemplarischer Untersuchungen, die er unter Überschriften wie „Die Sakralisierung der Person und ihre Gefährdungen“ oder „Wie aus Erfahrungen Rechte werden“ in eine allgemeine Erklärung der Menschenrechtentstehung und der Pluralität der Kulturen einmünden lässt. So ist es vor allem jene „Wertegeneralisierung“, die eine Allgemeine Erklärung der Menschenrechte förderte, nicht zuletzt als Ergebnis komplexer kultureller Transformationen. „Erfahrungen von Gut und Böse mussten vor dem Hintergrund unterschiedlicher Werttraditionen diskursiv artikuliert, in Rechten kodifiziert und in Praktiken gelebt werden.“ Im Ergebnis sind Menschenrechte also nicht Resultat eines bloßen Konsenses über universalistische Prinzipien, sondern bildeten sich im Rahmen langer kulturübergreifender Diskurse über Wertvorstellungen. Diese Multiplizität von Zugängen und „Geschich-

ten“ gilt es in der künftigen Diskussion um die Genealogie der Menschenrechte zu beachten.

JJH

Am Rande oder: Zu guter Letzt / At Long Last

Dieter Haselbach/Armin Klein/Pius Knüsel/Stephan Opitz: Der Kulturinfarkt. Von allem zuviel und überall das Gleiche. Eine Polemik über Kulturpolitik, Kulturstaat und Kultursubventionen. München: Albert Knaus Verlag 2012, 287 S.

Die Danksagung weist den Weg zu dieser Publikation: „Die Autoren danken allen Künstlern, Mitarbeitern von Institutionen und Kulturverwaltungen, Forschern und Kritikern, die sie willentlich oder unwissentlich inspiriert haben“. Auf dieser Basis kommen die Autoren, allesamt kulturwissenschaftlich und/oder kulturpolitisch tätig, zu dem die kulturellen Eliten empörenden Ergebnis, dass das kulturpolitisch so erfolgreiche Programm einer „Kultur für alle“ zwar einen Höhepunkt der bürgerlichen Bildungsutopie darstellte, die tief in der deutschen Klassik wurzelte und nicht weniger als die „ästhetische Erziehung des Menschengeschlechts“ zum Gegenstand hatte, doch dass es zugleich an der Zeit sei, sich einzugestehen, dass Kunst und Kultur weder das individuelle noch das kollektive Glücksversprechen erfüllen können. Sie ermöglichen weder die Vervollkommnung des Einzelnen noch lösen Sie die Zumutungen der Globalisierung wie der Moderne auf. Sie stiften weder den Zusammenhalt der Nation noch helfen Sie bei der Integration des Fremden. Sie befördern nicht die Wirklichkeit unserer Städte und schon gar nicht das ökonomische Wachstum durch eine blühende „Kreativwirtschaft“. Vielmehr „spaltet öffentlich geförderte Kultur die Gesellschaft. Der Fetisch Kulturstaat, in dem alle diese Wunschvorstellungen kulminieren, ist an seine Grenzen gestoßen. Wer einen Diskurs über die Ziele öffentlicher Kulturausgaben möchte, trifft auf eine harte Kulturlobby: Gegen Kultur darf niemand sein und alles, was ist, muss bleiben. Denn das oberste Ziel öffentlicher Kultureinrichtungen ist nicht etwa Kunst oder Innovation, sondern der schiere Selbsterhalt“ (Klappentext). Dass solche Aussagen auf beträchtlichen Widerstand zahlreicher kulturell Handelnder stoßen, versteht sich von selbst. Gleichwohl ist das Erscheinen des Bandes zu begrüßen, weil die Autoren sich um das scheinbar Udenkbare bemühen: eine gewisse Entlarvung des Mythos

vom Kulturstaat und vor allem eine herbe Kritik der unbestreitbaren Auswüchse entsprechender Subventionskulturen. Natürlich wird dabei überzeichnet, doch ist es aufgrund der in diesem Band vorgestellten Beispiele erkennbar an der Zeit, auch Kulturpolitiken von einer pragmatisch nüchternen Wirkungsanalyse nicht auszunehmen. Insofern wird hier aussichtsreich (und lesenswert) „gegen den Strich gebürstet“, geben Sachkundige einen Einblick in eine Welt, die nicht weniger selbstreferentiell agiert als andere und deren „nachhaltige“ Überprüfung zu den gesellschaftspolitischen Selbstverständlichkeiten zählen sollte.

JJH